



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/167 - 23.7.1955

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 039 890

Zusammengebrochene Thesen	S. 1
Einstellung des Rundfunkkrieges?	S. 2
Kritik an der FDP-Bundesführung	S. 4

Die Hoffnung auf die russische Schwäche

sp - Neben dem amerikanischen Außenminister Dulles gehört der deutsche Bundeskanzler zu den eifrigsten Verfecktern der Theorie, die Sowjetrussen wären nur deshalb nach Genf gegangen, weil Engpässe in der Industrie, Sabotage in der Landwirtschaft und Machtkämpfe im Ministerrat sie auf den Weg einer internationalen Entspannung zwingen, um eine Kuchepause für die Überwindung der Schwierigkeiten im eigenen Hause zu erhalten. Keiner weiß, ob vielleicht ein Kern von Wahrheitsgehalt in dieser Theorie steckt, aber sicherlich ist dieser Kern für die Haltung der Nachfolger des Kreml nicht ausschlaggebend. Als Maßstab für praktische Politik führte diese Theorie, wie Genf zeigt, in die Irre. Die Männer des Kreml traten in Genf nicht als Knochenweiche und angutschlotternde Männer auf, sie wußten hinter sich die Macht eines Riesenreiches, das, wie sein Gegenspieler, über die schrecklichsten Vernichtungswaffen verfügt.

Damit ist eine entscheidende These der Bundesregierung, ein Grundpfeiler ihrer außenpolitischen Konzeption ad absurdum geführt worden.

Die These war: westdeutsche Soldaten, westdeutsche Wirtschaftskraft und westdeutsche Organisationsvermögen plus dem gewaltigen amerikanischen Rüstungspotential, verwirklicht in den Pariser Ver-

tragen, werde die gegenwärtigen Führer der Sowjetunion in Angst und Schrecken versetzen. Sie würde die Sowjets in der deutschen Frage verhandlungsbereit machen. Das wurde durch die Genfer Wirklichkeit widerlegt. Statt ein Mittel der Wiedervereinigung zu sein, erweist sie sich als das größte Hindernis auf dem Wege dazu.

Die führenden Staatsmänner des Westens denken auch gar nicht daran, sich diese These als Kompass für ihre weiteren Auseinandersetzungen mit der Sowjetunion anzueignen. Das würde sie in Gefahrenzonen bringen, die sie im Atomzeitalter nicht ohne äußerste Not beschreiten werden. Sie teilen nicht die Hoffnung auf sowjetrussische Schwächeanfänge, ihre Botschafter in Moskau sind unzweifelhaft besser orientiert über die inneren Verhältnisse der Sowjetunion und deren Machtpotential, das sich ja nicht allein in der Anzahl der vorhandenen Divisionen und Waffen ausdrückt, als die Ostexperten des bundesrepublikanischen Auswärtigen Amtes. Der Realist Eisenhower hörte in Genf mehr auf diese Stimmen als auf die Spezialisten des sowjetrussischen Zusammenbruchs.

Diese Theoretiker eines früher oder später bevorstehenden Zusammenbruchs der Sowjetunion und einer Regimeveränderung gibt es wohl in vielen Ländern, nirgendwo aber so viele wie in der Bundesrepublik. Und nirgendwo haben sie auf die offizielle Politik so starken Einfluss wie in Bonn. Sie bestimmen maßgeblich das Rußlandbild der offiziellen bundesrepublikanischen Außenpolitik. Es sind zum Teil die gleichen "Experten", die ihre Osterfahrungen dem vergangenen Tausendjährigen Reich zur Verfügung stellten. Der praktische Niederschlag ihres Wirkens war der Einzug der Russen in die mitteleuropäischen Gebiete. Heute sind diese "Experten" wieder am Zug, ihr Rat wird wieder gesucht. Wer darauf baut, dass die Sowjetunion in einigen Jahren "noch schwächer sein wird", ist an Verhandlungen im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht interessiert; denn ein schwacher, unter äußeren und inneren Druck gesetzter Verhandlungspartner wird willig geben, was ein starker Verhandlungspartner noch verweigert.

Verlauf und Ergebnis der Genfer Begegnung entschleiern die Brüchigkeit dieser Spekulation. Der Zeitfaktor, den der Bundeskanzler in Rechnung stellt, kann sich sehr wohl zum Schaden der deutschen Position und zu Gunsten des Ostblocks auswirken. Alles spricht sogar dafür. * * *

Frieden im Äther ?

J.F.W. Auf der Liste der Verhandlungsthemen für Genf, die von den Westmächten aufgestellt worden ist, stand auch die Aussprache über Beilegung des Rundfunkkrieges. Gewiss, nur ein Thema am Rande der großen Politik; aber wenn es gelänge, hier einen Erfolg zu erzielen, wäre für die friedliche Ko-Existenz der demokratischen und der kommunistischen Welt doch eine wesentliche Voraussetzung geschaffen. Die Hauptwaffe der psychologischen Kriegsführung, der sich im Zeichen des Kalten Krieges beide Systeme in den letzten Jahren reichlich bedienten, um Unruhe ins gegnerische Lager zu tragen, wäre damit entschärft.

Ein Friedensschluß im Rundfunkkrieg würde für uns Deutsche über den Gewinn hinaus, den jede Abschwächung der weltpolitischen Spannung bedeutet, noch besondere Vorteile bringen. Die geographische Lage der Bundesrepublik an der Ostgrenze des Westblockes bietet sendetechnisch günstige Voraussetzungen für Rundfunkausstrahlungen in die kommunistisch beherrschten Länder. Diese Vorteile sind von den amerikanischen und im geringeren Umfang auch von den englischen Rundfunkstrategen seit etwa 1948 von Jahr zu Jahr stärker ausgenutzt worden. Heute ist die Kilowatt-Stärke der Sendeleistung der alliierten Strahler im Bundesgebiet und in Westberlin, die auf Kurz-, Mittel- und Langwelle arbeiten, ganz erheblich größer, als die Leistung aller deutschen Sender in den gleichen Wellenbereichen zusammen. Dass diese Situation - die Überfüllung des Äthers mit leistungstarken Fremdsendern - nicht eben dazu beiträgt, den Empfang der eigenen Sender für die bundesdeutschen Rundfunkhörer zu verbessern, liegt auf der Hand.

Hinzu kommt, dass, zum Beispiel von der "Stimme Amerikas" in München, Wellen von den Alliierten im Rundfunkkrieg benutzt werden, die, nach den Bestimmungen des Kopenhagener Wellenabkommens, eigentlich der deutschen Rundfunkversorgung dienen sollten.

Lediglich von Störsendern auf westdeutschem Boden sind wir bisher verschont geblieben. Während die politische Zensur, die Grenzpolizei und Post nicht sehr demokratisch aber unso wirksamer ausüben, es

weitgehend verhindert, dass wir uns auf Grund östlicher Druckverhältnisse ein selbständiges Urteil über den Kommunismus bilden können, werden Rundfunksendungen aus den Ostblockstaaten bei uns nicht gestört. Vielleicht hat die Bundesregierung ein größeres Vertrauen in die politische Vernunft der Rundfunkhörer als in die der Leser von Büchern und Zeitungen. Wahrscheinlicher ist es allerdings, dass uns die ungeklärten Rechtsverhältnisse auf dem Rundfunkgebiet, der Streit darüber, ob die Regierungen von Bund und Ländern von sich aus berechtigt sind, Rundfunksender zu betreiben, bisher vor solcher Störsendern bewahrte.

Anders im Osten. Von der Elbe bis Moskau sind gegen die Sendungen der englischen BBC, gegen die "Stimme Amerikas", gegen "Radio Freies Europa" und "Radio Liberation", aber auch gegen RIAS und gegen unsere deutschen Programme eine Unzahl von Störsendern in Betrieb. Allein im Gebiet der sowjetisch besetzten Zone sind es mehr als fünfhundert. Sie erschweren nicht nur den Rundfunkempfang in Mittel- und Ostdeutschland, sie machen durch ihre große Sendestärke auch in weiten Teilen der Bundesrepublik vor allem den Mittelwellenempfang zu einem Kunststück für Ätherakrobaten.

Wie schön wäre es, wenn alle diese Rundfunknöte, die das Misstrauen des Kalten Krieges im Osten und im Westen künstlich schuf, zusammen mit den größeren politischen Spannungen durch Vernunft und guten Willen der Genfer Verhandlungspartner beseitigt würden!

+ + +

Noch 17.000 Juni-Opfer in den Kz's der Sowjetzone

In den Konzentrationslagern der Sowjetzone befinden sich ausser den obligaten "Spionen, Saboteuren und Agenten" etwa 15 000 Streikende vom 17. Juni 1953. 11 % sind unter 21 Jahren; davon 71 % Arbeiter und Bauern. Nichts beweist besser als diese Zahlen die Unsinnigkeit der Pankower Behauptung, man habe lediglich die Rädelführer der Revolte eingesperrt. Ausserlich gekennzeichnet durch ein grosses K auf den Zuchtsuskitteln und mit roten Streifen am Ärmel und Hosenbeine gehören die Juni-Verurteilten dem untersten Stand der Häftlinge an: sie werden streng isoliert auf Zellen gehalten, dürfen nicht arbeiten und haben keinen Anteil an den Hafterleichterungen, die im Laufe der Jahre den politischen Häftlingen gewährt worden sind. - Mörder geniessen eine humanere Behandlung. + + + kj.

23.7.1955

FDP von NRW meutert gegen den Bundesvorstand

G.M., Düsseldorf

Die FDP befindet sich in einer schweren Krise und werde in der Bevölkerung nicht mehr verstanden. Das war das fast übereinstimmende Urteil des Kreisvorsitzenden des Bezirkes Ruhrgebiet der FDP. Auf der Tagung, die kürzlich in Essen unter Vorsitz von Dr. Achenbach stattfand, kritisierte ein westfälischer Bezirksvorsitzender die Bundestagsabgeordneten der Partei, weil sie unter dem Vorwand ihrer Gewissensfreiheit ihren eigenen Interessen nachgingen und sich nicht um die Partei Beschlüsse kümmerten. "Die Partei ist ohne Linie und das Volk weiß nicht mehr, woran es mit der FDP ist", sagte er. In der Spitze der Partei fehle jede klare Führung, und es sei eine "erschütternde Tatsache", dass bei der Beratung über das Schicksal des Saargebiets im Bundesausschuss nur 3 von fast 30 Ausschussmitgliedern anwesend waren. Und das sei keine Ausnahme. Man sollte dem Bundesvorstand sagen, er werde nicht wiedergewählt werden, wenn er jetzt nicht zu klaren Entscheidungen über die Linie der Partei und die Verbindlichkeit der Beschlüsse für alle entscheidenden Mitglieder komme. Der Sprecher gab an, er habe diese Forderungen bereits vor dem Bundesausschuss vorgebracht, ohne jedoch auf ernsthafte Resonanz zu stoßen.

In der anschließenden Diskussion wurde die Einberufung eines außerordentlichen Landesparteitags beantragt, der ganz bestimmte Forderungen an die Bundesführung der Partei richten soll. Der Antrag wurde jedoch verworfen, einmal wegen der gegenwärtigen Urlaubszeit, vor allem aber will man sich erst die Zustimmung der anderen Bezirksverbände von Nordrhein-Westfalen sichern. Der Hauptsprecher bei der Tagung wird deshalb in der nächsten Zeit vor allen NRW-Bezirken sein Referat wiederholen und seine Forderungen stellen.

In der Diskussion wurde von einem Kreisvorsitzenden erklärt, der Liberalismus sei längst tot, er sei jetzt durch einen Individualismus abgelöst worden, der nur ein schöneres Wort für die Verfolgung egoi-

23.7.1955

stischer Ziele durch die führenden Funktionäre sei. Ein anderer Kreisvorsitzender erklärte, bei der letzten Wahl habe er noch etwa 100 aktive Wahlhelfer in seinem Kreis gegen etwa 400 der CDU und 600 der SPD einsetzen können, jetzt dagegen könne er vielleicht auf 3 oder 4 rechnen. In einem Ruhrgebietskreis ist die Mitgliederzahl in 2 Jahren von 60 auf 10 zurückgegangen.

Scharf wurde auch das Parteiblatt "Die deutsche Zukunft" angegriffen, das nur Artikel bringe, an denen der Verlag interessiert sei. Das wurde als typisch für die Gesamthaltung der FDP bezeichnet. "Wir sind in den Geruch einer Kapitalistenpartei gekommen", beschwerte sich einer der Redner. Daran sei ausschließlich die Bundesführung schuld. Die Mitglieder wollten dagegen, dass die FDP eine "soziale Partei" werde.

Die FDP von Nordrhein-Westfalen wird großenteils von Leuten gebildet, die früher in der NSDAP oder der KJ leitende Positionen einnahmen. Auch ein großer Teil der Kreisvorsitzenden rekrutiert sich aus diesen Kreisen und fast alle Geschäftsführer des Landesverbands, der einen entscheidenden Teil der Mittel aufbringt, über welche die Gesamtpartei verfügen kann und deshalb entsprechend einflussreich ist. In diesen Kreisen schwärmt man für "Volksgemeinschaft" und für jenes "Deutsche Programm" Middelhaueves, in dem das Wort liberal nicht vorkommt. Diese Kräfte haben bereits vor 3 Jahren versucht, die Partei zu erobern, und scheinen jetzt einen neuen Vorstoß in dieser Richtung zu planen.

* * *

Durchsichtige Zweckpropaganda

In einem Teil der Presse erschienen Meldungen, wonach die SPD mit der CSU Verhandlungen über eine evtl. neue Koalition in Bayern aufgenommen hat. Dazu erklärte der Landesvorsitzende der SPD in Bayern, Waldemar von Knörringen:

An allen diesen Meldungen ist kein wahres Wort. Sie entspringen offenbar einer Zweckpropaganda der CDU/CSU, der diese Koalition nach wie vor ein Dorn im Auge ist. Die Tatsache, dass der bayerische Ministerpräsident den Sprecher der Opposition, Dr. Seidel, empfangen hat, hat mit irgendwelchen politischen Sonderbesprechungen nichts zu tun. Der bayerische Ministerpräsident hat Dr. Seidel empfangen, um einer Verpflichtung der Regierung gegenüber der Opposition Genüge zu tun, die auf korrekte Informationen von Seiten des Regierungschefs Anspruch erheben kann.

Dass der CDU eine solche Handlung unverständlich erscheint, kann bei dem Verhalten des Bundeskanzlers gegenüber der Opposition im Bundestag nicht verwundern. Die bayerische Koalition jedenfalls wird den in allen demokratischen Ländern geübten Stil des Verhältnisses von Regierung und Opposition weiterentwickeln, der eine Voraussetzung echter demokratischer Politik ist. Allen eifrigen Kommentatoren über bayerische Politik können wir nur sagen: "Habt keine Hoffnung, dass die SPD die gegenwärtige bayerische Koalition gefährdet; sie wird ihre Verpflichtungen gegenüber ihren Partnern in loyalster Weise erfüllen." (apk)

Verantwortlich: i.V. Albert Exler